

„Wirtschaftliche Aspekte stark machen“

BÜRGERPROTEST Der Bundesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Reinhard Bütikofer, ist im Landkreis unterwegs. Gestern informierte er sich in Staffelbach über den geplanten Bau der Tank- und Rastanlage.

VON UNSEREM REDAKTIONSMITGLIED ALEXANDER HIRT

Oberhaid/Staffelbach - Die Gemeinde Oberhaid und die „Bürgeraktion gegen die Tank- und Rastanlage bei Staffelbach“ lassen nichts unversucht, um die geplante Raststätte zu verhindern. Dazu gehört, Bundespolitiker einzuladen und diese um Rat und Tat zu bitten. Gestern stattete Reinhard Bütikofer, Bundesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen, der Gemeinde auf Einladung des Landtagskandidaten Andreas Lösche einen Besuch ab. Er riet den Staffelbachern, Politiker aller Parteien an einen Tisch zu bringen, die wirtschaftlichen Argumente gegen die Rastanlage in den Vordergrund zu rücken und diesbezüglich andere mit ins Boot zu holen, beispielsweise die Mittelstandsvereinigung.

Sowohl im Rathaus als auch vor Ort in Staffelbach ließ sich Reinhard Bütikofer vom aktuellen Stand unterrichten. Gemeinderat und Bürger hegen nach wie vor tiefe Zweifel bezüglich der Sinnhaftigkeit der Anlage. Das betrifft zum einen deren Größe. Plante die Autobahndirektion zu Beginn mit einem sechs Hektar großen Areal, so sei derzeit von zwölf Hektar die Rede. In gleichem Maße stiegen die Kosten für die Maßnahme auf veranschlagte acht Millionen Euro. „Und auch diese Summe wird nicht ausreichen, das Vorhaben umzusetzen“, ist Horst Melber, Vorsitzender der „Bürgeraktion gegen Tank- und Rastanlage Staffelbach“, überzeugt. Die Investition sei umso bedenklicher, da hinter dem Betreiber der Raststätten, der Tank & Rast GmbH, englische Investoren stecken würden, die einzig und allein auf Profit aus seien.

Autohof wäre Alternative

Die acht Millionen Euro sind nach Ansicht der Staffelbacher an anderer Stelle besser investiert, da man an der Wirtschaftlichkeit der Anlage zweifelt. In 13 Kilometer Entfernung bei Knetzgau liegt ein privater Autohof, der in natürlicher Konkurrenz zur Rastanlage stünde. Die Betreiber des Autohofes seien zudem bereit, den eigenen Standort auszubauen. Doch in die Bedarfsplanungen der Autobahndirektion fließen private Autohöfe nicht mit ein - hier liegt die Krux und gleichzeitig ein Hoffnungsschimmer für die Bürgeraktion. Über eine „Public Private Partnership“ (PPP) zwischen Staat und Autohof könne die Versorgungslücke geschlossen werden, sind sich Bürgermeister Carsten Joneitis und Horst Melber sicher - eine Tank- und Rastanlage wäre nicht mehr nötig. Derzeit liefen Gespräche zwischen dem Verband der Autohöfe und dem Bund, die generell solche Kooperation ins Auge fassen. Entschieden ist aber nichts und Melber befürchtet, „dass die Rastanlage bei Staffelbach bereits steht, wenn diese Kooperation geschlossen wird“. Durch den Ausbau der A 73 stelle sich zudem die Frage, ob nicht eine Raststätte zwischen Coburg und Nürnberg nötiger wäre, zumal der über die B 4 auf die A 70 kommende Verkehr aus Coburg nun weitgehend ausbleibe.

Diese und weitere Argumente bringen die Staffelbacher beständig bei den Behörden vor - bislang ohne Erfolg. Reinhard Bütikofer zeigte Verständnis für die Situation. Er empfahl, die Bundes- und Landespolitiker aus der Region an einen Tisch zu bringen, damit deren Initiativen koordiniert werden könnten. Auch riet er, die Mittelstandsvereinigung einzuschalten. Durch den Bau einer Tank- und Rastanlage müsse der private Autohof bei Knetzgau mit Einbußen rechnen, das gefährde Arbeitsplätze, was wiederum die Mittelstandsvereinigung auf den Plan rufen müsse. „Man kann oft und gerne umweltpolitische Aspekte ins Spiel bringen, findet damit aber kein Gehör. Aber wenn man wirtschaftliche Aspekte berührt, sieht das ganz schnell anders aus“, sagte Bütikofer. Zudem gelte es, den Ausgang der Landtagswahl abzuwarten. Oftmals setze sich ein Kabinett, ob Regierungswechsel oder nicht, dann neu zusammen. Dann müsse man sofort eine neue Initiative starten.

[...]

Aus dem Artikel

„Sehen große Entwicklungschancen“

im FT vom 24.09.2008, Seite 11:

Claus Reinhardt, SPD-Gemeinderat in Oberhaid, betonte: „Die umstrittene Tank- und Rastanlage in Staffelbach wollen wir nicht. Hier sehen wir uns von der Regierung im Stich gelassen.“